

Für eine flexiblere Kinderbetreuung

„Familienpolitik braucht mehr als Lippenbekenntnisse, nämlich konkrete Taten. Investieren wir in unsere Kinder, damit kein Talent verloren geht“, lautet der Appell der hessischen SPD-Vorsitzenden Andrea Ypsilanti.

„Familien brauchen Zeit, Geld und Infrastruktur“, fasst Ypsilanti die Hauptelemente einer familienfreundlichen Politik zusammen. Um eine bessere Balance von Familie und Arbeit erreichen zu können, müsse ein hochwertiges Betreuungsangebot mit flexibleren Öffnungszeiten entstehen. Ypsilanti plädiert für den Ausbau kommunaler Betreuungseinrichtungen. „Die SPD setzt sich dafür ein, auf mittlere Sicht Kita-Gebühren abzuschaffen. „Von 13,4 Milliarden Euro für Kindertageseinrichtungen tragen die Eltern lediglich 2,4 Milliarden. Langfristig sollten wir auf diesen Beitrag verzichten können“, sagt Ypsilanti. Dazu müssen die Kommunen aber auch in die finanzielle Lage gebracht werden.

Hier gehe Rheinland-Pfalz mit gutem Beispiel voran: Es stellt das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei und baut die Betreuungsangebote für die Unterdreijährigen massiv aus. „Ganz anders sieht die Realität in Hessen aus: Von knapp 70 Millionen Euro Landesmittel für Kinderbetreuung 1998 unter rot-grüner Regierung waren 2005 noch kapp 13 Millionen unter der Regierung Koch übrig geblieben.“, sagt Ypsilanti. Auch bei den Gebühren sieht sie Hessen auf dem falschen

Weg: Innenminister Volker Bouffier wollte im letzten Jahr viele Kommunen dazu zwingen, ihre Kita-Beiträge anzuheben. Erst nach Protesten von Opposition und Bürgermeistern änderte er seinen umstrittenen Erlass.

„Die Weichen müssen auf Ausbau der Betreuungsinfrastruktur gestellt werden“, forderte die SPD-Landesvorsitzende. Besonders ausgeprägt sei der Handlungsbedarf bei den Unterdreijährigen. Sie verweist auf die Erfahrung der skandinavischen Länder, die direkt in ein umfassendes und pädagogisch hochwertiges Betreuungsangebot investierten. Dort könnten Eltern Beruf und Familie besser vereinbaren. Ein Grund von vielen für junge Paare, sich für ein Kind zu entscheiden. Und: „Diese Staaten schneiden auch deshalb bei Pisa so gut ab, weil sie jedes Talent möglichst früh fördern“, beschreibt Ypsilanti die bildungspolitische Dimension.

Investitionen in Familienfreundlichkeit rechnen sich für Kommunen. „Mit Lokalen Bündnissen für Familie haben beispielsweise Hanau, Darmstadt, Wettenberg oder Felsberg Geld einspielen können“, wies Ypsilanti auf ein von der ehemaligen Bundesfamilienministerin Renate Schmidt veranlasstes Gutachten hin. Es belege, dass Gemeinden auch selber von dieser Politik profitierten. Denn Familienfreundlichkeit entwickle sich immer mehr zu einem Standortvorteil. Das Wahlprogramm der SPD-Rödermark geht nach Auffassung der Landesvorsitzenden genau in die richtige Richtung: Es fordert den Ausbau der Einrichtungen für Unterdreijährige, flexiblere Öffnungszeiten bei den Kitas und

die mittelfristige Abschaffung von Kita-Gebühren.

Für eine bessere Balance von Familie und Arbeit müssten auch die Arbeitgeber mitziehen, beispielsweise durch flexible Arbeitszeitmodelle, Kontakthalteprogramme während der Elternzeit, Investitionen in Kinderbetreuung oder Telearbeit.